

Bezugspreise

für Österreich-Ungarn
ganzjährig K 6.—
halbjährig K 3.—

für Amerika:
ganzjährig D. 2.—

für das übrige Ausland
ganzjährig K 6.50

Briefe ohne Unterschrift
werden nicht berücksichtigt,
Manuskripte nicht zurück-
gesendet.

Gottscheer Bote.

Erscheint mit einer illustrierten Beilage „Wandermappe“ am 4. und 19.
eines jeden Monats.

Bestellungen übernimmt die Verwaltung des Gottscheer Boten in Gottschie Nr. 121.

Verichte sind zu senden an die Schriftleitung des Gottscheer Boten in Gottschie.

Anzeigen (Interate)
werden nach Tarif be-
rechnet und von der Ver-
waltung des Blattes
übernommen.

Die „Wandermappe“ ist
nur als Beilage des Gott-
scheer Boten erhältlich.

Postsparkassen-Konto
Nr. 842.285.

Nr. 23.

Gottschie, am 4. Dezember 1918.

Jahrgang XV.

Eingabe der Gottscheer Gemeinden an die Narodna Vlada SHS.

Die deutschen Gemeinden des Gottscheer Gebietes haben an die Staatsregierung in Laibach folgende Eingabe gerichtet:

Die gefertigten Vertretungen der deutschen Gemeinden des Gottscheer Gebietes gestatten sich, einem Präsidium der Narodna Vlada nachstehende Erklärung zur Kenntnis zu bringen, bezw. folgendes Ansuchen zu unterbreiten:

Im Gebiete von Gottschie siedeln seit 600 Jahren die deutschen Gottscheer als autochthones, bodenständiges Volk. Sie haben auf ihrer Scholle niemanden verdrängt als den Bären und den Urwald, der früher das Land bedeckte; sie haben ihr Land selbst gerodet, urbar gemacht und der Kultur zugeführt. Mit ihren slowenischen Nachbarn haben sie stets in gutem Einvernehmen gelebt.

Nach der amtlichen Volkszählung des Jahres 1910 beziffert sich die Volkszahl der Deutschen des Gottscheer Gebietes auf rund 18.000 ortsanwesende Einwohner; samt den 6000 bis 7000 Auswanderern von Nordamerika, von denen viele wieder in die alte Heimat zurückkehren, sind es 24.000 bis 25.000 Deutsche. Diese verteilen sich auf 25 politische und 43 Katastralgemeinden mit 171 Ortschaften und 17 Pfarreien. Ihre Siedelung ist eine vollkommen geschlossene. Für Unterrichtszwecke bestehen im Gottscheerlande 36 Volksschulen, ein Staatsgymnasium und eine gewerbliche Fachschule.

Das Gebiet von Gottschie bildete seit jeher einen besonderen Teil Krains mit nationalem Eigenleben. Gottschie war in früheren Jahrhunderten eine Grafschaft, seit 1791 ist es ein Herzogtum. Zur Zeit der Franzosenherrschaft war Gottschie ebenfalls ein eigener Kanton. An räumlicher Ausdehnung sowie auch an Volkszahl übertrifft das Gottscheerland mit seinen 705 Geviertkilometern (nach anderen Messungen sind es 860 Geviertkilometer) die souveränen Kleinstaaten Andorra, Monaco, San Marino und das Fürstentum Liechtenstein um ein Beträchtliches.

Unser Gebiet ist demnach ein Kreis, der zweifellos vollkommen lebensfähig ist und der nach den nunmehr überall zur Geltung gekommenen demokratischen Grundsätzen berechtigten Anspruch hat auf Selbstbestimmung und Selbstverwaltung. Gottschie hat diesen Anspruch auch sofort nach der Auflösung des früheren österreichischen Staates in nationale Staaten tatsächlich erhoben. Die deutschen Gottscheer Gemeinden haben Schritte unternommen, daß ihre diesbezüglichen Ansprüche bei der zu gewärtigenden Friedenskonferenz zur Verhandlung kommen und in irgendeiner Form anerkannt werden.

Demnach unterbreiten die gefertigten Gemeindevertretungen die ergebene Bitte, es wolle bis zur endgültigen Entscheidung über die Stellung des Gottscheerlandes auf der künftigen Friedenskonferenz der status quo ante im Gottscheer Gebiete aufrecht erhalten bleiben, und zwar sowohl was die politische und die Justizverwaltung betrifft, als auch im Unterrichtsweisen, Finanzwesen usw.

Auch wolle während dieses Übergangsstadiums im Status der Staatsbeamten und der Lehrerschaft unseres Gebietes von Veränderungen zu nationalen Ungunsten Gottschees abgesehen werden.

Durch die Verordnung der Narodna Vlada SHS, nach der es den Nichtslowenen zwar gestattet ist, Eingaben an die Behörden in ihrer Sprache einzureichen, wohingegen die Erledigung ausschließlich in der slowenischen Amtssprache zu erfolgen hat, wird das Volk von Gottschie mit größter, von der neuen demokratischen Regierung sicherlich nicht beabsichtigter Härte getroffen. Da nämlich die Gottscheer der slowenischen Sprache in der Regel nicht mächtig sind, wäre, falls diese Sprachenverordnung auch für Gottschie aufrecht erhalten bliebe, eine gedeihliche Amtierung hierzulande überhaupt unmöglich, da das Volk die Anordnungen und Verfügungen der Behörden nicht verstünde und ihnen deshalb beim besten Willen nicht nachkommen könnte. Hieraus würden einerseits der Staatsverwaltung selbst empfindliche Nachteile erwachsen können, andererseits aber würde den Parteien großer, in vielen Fällen nicht wieder gut zu machender Schaden verursacht werden.

Die Möglichkeit, sich die Erlässe und Verordnungen der Staatsbehörden privatim in die deutsche Sprache übersetzen zu lassen, ist in den meisten Fällen ebenfalls nicht gegeben, insbesondere nicht in jenen zahlreichen Gemeinden, die von der Stadt Gottschie weiter entfernt sind. Haben wir ja im Bezirke Distanzen bis zu 60 Kilometer und darüber und zum Teil auch sehr schwierige Verkehrswege. In den meisten Fällen ist auf dem Lande niemand vorhanden, der eine zuverlässige deutsche Übersetzung besorgen könnte. Die schlichten Leute slowenischer Nationalität, die da und dort auf dem Lande bei uns wohnen, sind nicht befähigt, den Inhalt behördlicher Erlässe zuverlässig zu erfassen und richtig ins Deutsche zu übersetzen.

Es wird demnach, vorbehaltlich der späteren endgültigen Regelung dieser Frage, die ergebene Bitte unterbreitet, es wolle für das Gebiet von Gottschie vorläufig *Ausnahmsbestimmungen* getroffen werden, und zwar in der Weise, daß seitens der Bezirksämter, insbesondere seitens der betreffenden Bezirkshauptmannschaften, Bezirksgerichte, Bezirksschulräte, Steuerreferate, Steuerämter usw. den deutschen Gemeinden, Ortschulräten, Schulleitungen und Parteien amtliche Zuschriften, Erlässe, Erledigungen, Ladungen, Beschlüsse, Urteile, Erkenntnisse usw. nach wie vor in deutscher Sprache zugehen.

Es sei darauf hingewiesen, daß den slowenischen Parteien gegenüber seitens der Bezirksbehörden in Gottschie schon seit jeher stets die gleiche Gerechtigkeit geübt worden ist, indem alle amtlichen Zuschriften an sie immer in slowenischer Sprache ausgestellt wurden. — Jeder mit den hiesigen Verhältnissen vertraute Slowene wird wahrheitsgemäß bestätigen können, daß hierzulande eine Amtierung ohne den Gebrauch oder den Mitgebrauch der deutschen Sprache unmöglich ist.

Der Reichsratsabgeordnete Herr Dr. Korošec hat in der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 2. Oktober d. J. erklärt: „Den fremdsprachigen Minoritäten im nationalen slowenischen Gebiete erkennen

die Südslawen alle für die nationale, kulturelle, wirtschaftliche und soziale Entwicklung erforderlichen Rechte zu" und in dem Agrar Manifeste des südslawischen Nationalrates am 21. Oktober d. J. wird unter Punkt 5 versichert: „Der Nationalrat erklärt, daß gemäß den allgemeinen Grundsätzen der Demokratie allen andersnationalen Minderheiten im Staate der Slowenen, Kroaten und Serben die freie Entwicklung gesichert werden wird.“ Mit diesen beiden Erklärungen wäre es unvereinbar, wenn im deutschen Gebiete von Gottschie ausschließlich nur in einer Sprache amtiert würde, welche die Bewohner nicht verstehen.

Aus Stadt und Land.

Gottschie. (Vom politischen Dienste.) Herr Bezirkshauptmann Otto Merk ist seines Amtes in Gottschie enthoben und zur Landesregierung einberufen worden. Mit der Leitung der Bezirkshauptmannschaft Gottschie wurde der Bezirkskommissär Herr Dr. Franz Dgrin betraut.

(Vom Mittelschuldienste.) Der Professor am Staatsgymnasium in Gottschie Herr Gustav Naser wurde in die achte Rangsklasse befördert.

(Vom Schuldienste.) Der Bezirksschulinspektor für die deutschen Volksschulen in den Schulbezirken Gottschie, Rudolfswert und Tschernembl Herr Oberlehrer Matthias Primosch ist seines Amtes enthoben worden.

(Vom Justizdienste.) Der Landesgerichtsrat Herr Ferdinand Mediz in Luttenberg wurde dort enthoben und dem Kreisgerichtspräsidium zur Verfügung gestellt.

(Vom Staatsbahndienste.) Herr Franz Erker wurde als Volontär in den Staatsbahndienst aufgenommen.

(Ernennungen.) Die Herren Professoren Dr. Ivan Grafenauer in Laibach und Dr. Leopold Poljanec in Marburg sind zu Oberschulinspektoren ernannt worden.

(Trauung.) Am 25. November wurde in Klagenfurt Herr Josef Hönigmann aus Gottschie Nr. 191 mit Fräulein Hella Stiebler, Fabrikbesitzerstochter, getraut. Herzlichen Glückwunsch!

(Todesfall.) Vor wenigen Tagen ist, wie man uns mitteilt, in Laibach Frau Maria Willner geb. Kren, Beamtenwitwe aus Gottschie, im 86. Lebensjahre gestorben. Sie ruhe in Frieden.

(Die Jahrschrift für Geschichte und Landeskunde von Gottschie) ist bereits erschienen und wird nunmehr versendet werden. Sie enthält eine wissenschaftliche Abhandlung über die Herkunft der Gottscheer und die Besiedlung Gottschees (I. Teil), ferner Aufsätze über die geschichtliche Entwicklung der Volkszahl der Stadt Gottschie und zur Geschichte der Fischerei in Gottschie sowie mehrere kleinere Beiträge zur Landeskunde (Das Lied von der schönen Meererin. — Zur Bevölkerungsstatistik Gottschees im 18. Jahrhundert. — Steuern und Abgaben in der Herrschaft Gottschie im Jahre 1768. — Pfarre Kieg. — Ein „Verhörbuch“ der Herrschaft Gottschie aus dem 16. Jahrhundert. — Das Schloß Ortenegg). Wir machen hiemit unsere Landsleute und die Freunde Gottschees auf das Erscheinen dieser Jahrschrift aufmerksam und sind überzeugt, daß das neu ins Leben gerufene wissenschaftliche Unternehmen, das unserer Heimat zur Ehre gereicht, auf den Beifall und die Abnahme unserer Landsleute rechnen darf. Der Preis der Schrift ist auf drei Kronen angesetzt. Ihr Erscheinen in der jetzigen Zeit, die für Gottschie so manche Widerwärtigkeit bringt, mag zugleich ein Beweis dafür sein, daß die Heimat keinesfalls daran denkt, sich mutlos selbst aufzugeben und an der Zukunft zu verzweifeln. Gerade in Zeiten der Not und Gefahr heißt es, alle geistigen Kräfte zusammenzufassen und zu vereinen. Und dazu soll auch die Jahrschrift beitragen. Möge sie auch in dem Sinne wirken, daß die Liebe zur Heimat bei allen Gottscheern an Inhalt gewinne und dadurch auch an Wärme der Empfindung.

— Bestellungen auf die Jahrschrift bitten wir entweder an die Schriftleitung der „Beiträge“ oder an die Buchdruckerei Pavlicek in Gottschie zu richten.

(Gottschie und Deutschösterreich.) In der Sitzung der Deutschösterreichischen Nationalversammlung am 22. November berichtete Kuranda über das Gesetz und die Staatserklärung über die Grenzen, den Umfang und die Beziehungen des Staatsgebietes von Deutschösterreich. Im Paragraphen 1 wurde die Einbeziehung Gottschees und Gills in jene Gebiete der Staatshoheit, die Deutschösterreich unterliegen, fallen gelassen. Dagegen blieb der Ausschuß bei der Einbeziehung der deutschen Siedlungsgebiete von Brünn, Jglau und Olmütz. Der Berichterstatter beantragte schließlich folgende Entschliebung: Der Staatsrat wird auf das dringlichste aufgefordert, mit tunlichster Beschleunigung mit den Regierungen der angrenzenden Nationalstaaten, insbesondere des tschechischen und jugoslawischen Staates, in Verbindung zu treten, um die Grundlinien für die gleichartigen Gesetze zum Schutze der nationalen Minderheiten zu vereinbaren. Das Gesetz wurde in der vom Berichterstatter vorgeschlagenen Fassung angenommen.

(Die slowenische Sprache in den deutschen Schulen.) Nach einer Regierungsverordnung muß an allen deutschen Schulen das Slowenische als Lehrgegenstand eingeführt werden. Privatschulen mit Öffentlichkeitsrecht sind nur unter der Bedingung zulässig, daß eine hinreichende Anzahl deutscher Kinder vorhanden ist.

(Andreasmarkt.) Zum erstenmale seit ein paar Jahren hatten wir am 30. November hier wieder einen lebhafter besuchten Jahrmarkt. Nur der Viehtrieb fehlte noch.

(Die Versorgung mit Mehl) dürfte sich in der nächsten Zeit in dem Falle schwierig gestalten, daß man nur auf die Vorräte im Lande angewiesen wäre, weil diese Vorräte bei weitem nicht ausreichen. Es heißt, daß in absehbarer Zeit Getreidezufuhren aus Argentinien zu gewärtigen seien.

(Fallen der Preise.) In Ungarn sind infolge des Alkoholverbotes und der Einstellung des Heeresankaufes die Weinpreise um 40 bis 50 Prozent gefallen. Auch bei uns sind die Weinpreise im Fallen begriffen. Neuer Maierler Wein wird bereits um 8 K pro Liter im Gasthause ausgeschenkt. Auch die Schweinepreise in Kroatien gehen herunter.

(Der Wert der Krieganleihe.) Gegenüber den auch bei uns herrschenden Gerüchten über die mangelnde Wertbarkeit der österreichischen Krieganleihe wird mitgeteilt, daß die Hauptanstalt für Sachdemobilisierung verlautbart, sie nehme bei jedweden Verkauf die Stücke der achten österreichischen Krieganleihe genau so wie Bargeld in Zahlung, und zwar zu dem seinerzeitigen Emissionskurse von 92,5 K für die langfristigen und 96 K für die tilgbaren Ersparnisse. — Diese Nachricht kann nun wohl die Befürchtungen zerstreuen. Volle Verubigung wird allerdings erst dann eintreten, wann auch der jugoslawische und der tschechoslowakische Staat die bindende Erklärung abgegeben haben werden, den sie treffenden Teil der Staatsschuld und der Kriegsschuld auf sich zu nehmen.

(Aus dem Besetzungsgebiet der Italiener.) Der italienische Gouverneur in Triest hat die Ausfuhr von Lebensmitteln und aller anderen Waren aus dem Gebiete Venetia Giulia in die Gebiete der gewesenen österreichisch-ungarischen Monarchie verboten. Zuwiderhandelnde werden vor das Militärgericht gestellt und mit Kerker bestraft werden.

(Einberufungen.) Die Nationalregierung, Abteilung für nationale Verteidigung, hat die sofortige Mobilisierung des gewesenen Landsturmes, des stehenden Heeres und der Landwehr der aktiven und Reservemannschaft der Geburtsjahrgänge 1899, 1898, 1897, 1896 und 1895 angeordnet.

(Die Mahlkarten) sind, wie wir bereits mitgeteilt haben, aufgehoben. Für 100 Kilo Getreide jeglicher Art sind an Mahlkorn 6 K zu zahlen, für Gerstebrein 8 K, für Hirsebrein 4 K.

(Südbahn.) Der Verwaltungsrat der Südbahn hat mit dem südslawischen Staate Verhandlungen wegen der Wahrung

der finanziellen Interessen der Gesellschaft eingeleitet. Voraussichtlich dürfte ein besonderes Betriebsamt in Laibach eingerichtet werden.

— (Flucht der Kriegsgewinner in die Schweiz.) Wie Tiroler Blätter melden, ist der Wirrwarr der ersten „Revolutionstage“ von einer Masse von Kriegsgewinnern und ähnlichen unsauberen Elementen benützt worden, um in die Schweiz durchzubrennen und ihre Haut und ihre Beute in Sicherheit zu bringen. Die Öffnung der Grenze hat diese Flucht ermöglicht.

— (Alle requirierten Glocken), welche im Bereiche der Volksregierung in Laibach aufbewahrt sind, werden den Eigentümern zurückgestellt.

— (Winterkälte.) Heuer hat der Winter früh seinen Einzug gehalten. Wir haben bereits eine Schneedecke und verzeichneten im November mehrere Kältegrade. Die Kälte hält an; wir bekommen, wie es scheint, einen strengen Winter.

— (Die Sperrstunde) für die Gasthäuser, die in den leztvergangenen Wochen auf 8 Uhr abends angesetzt war, ist nunmehr wieder auf 10 Uhr abends erstreckt worden.

— (Schöfferschule.) Beim Autokader in Laibach (Brauerei Union) ist eine Schöfferschule errichtet worden.

— (Notenhamster und Vernunft.) Die „Residenz-Korrespondenz“ schreibt: Die schweren Erschütterungen und Umwälzungen, denen unser staatliches und wirtschaftliches Leben in diesen Tagen ausgesetzt ist, haben den Nährboden für mancherlei Gerüchte und Befürchtungen in der Bevölkerung geschaffen, die den typischen Charakter der Massenpsychose an sich tragen. Namentlich zeigte sich jüngst ein rein technisches Unvermögen der sonst so viel verlästerten Banknotenpresse als die Ursache von allerlei Besorgnissen und eine Anzahl leichtgläubiger und ängstlicher Personen, die immer gerne geneigt sind, den schlimmsten Gerüchten Glauben zu schenken, empfand den lebhaften Wunsch, ihre den Banken und Sparkassen anvertrauten Guthaben und Ersparnisse bei sich zu Hause im Stumpf und Strohsack aufzubewahren. Die Furcht ist eine schlechte Beraterin, sagt schon ein altes Sprichwort. Und tatsächlich, welcher Vernünftige könnte glauben, daß ein Mensch, der die Frage, ob er sein Geld zu Hause ungesichert und unverwertet liegen lassen oder es einem bewährten Institute zur Aufbewahrung und Verzinsung übergeben soll, in ruhiger Überlegung löst, nicht eher das Richtige trafe, als wenn er sich, durch begründete und unbegründete Angst verwirrt, in seiner wirtschaftlichen Existenz bedroht fühlt. Trotz dieser mit den Händen greifbaren Wahrheit verloren viele den Kopf, als sie hörten, die Druckerei der Oöerr.-ung. Bank könne dem wesentlich gesteigerten Bedarf nach Noten augenblicklich nicht nachkommen. Aber kaum waren sie in dieser Hinsicht durch entsprechende Darstellung des Sachverhaltes aufgeklärt und beruhigt, wurden sie die Beute neuer dunkler Gerüchte, die von allerhand Phantasten oder Böswilligen erfunden und verbreitet wurden. Die Ereignisse jagen einander, aber die Gerüchtemacher sind ihnen trotzdem noch so weit voraus, daß die Tatsachen sie kaum einholen können. Sie erschweren so den anderen und vielfach auch sich selbst das ohnehin schon genügend schwere Dasein und tragen die in ihren eigenen Köpfen herrschende Verwirrung noch hinaus in die Menge der gedankenlosen Nachbeter und Gläubigen, denen sie für überklug und „gut informiert“ gelten. Dabei fliegen die festgegründetsten Anschauungen über alltägliche Dinge des praktischen Lebens und Verhaltens über Bord, auch wenn die Ereignisse vernünftigerweise zu einer Erhöhung der Vorsicht und zur Bekräftigung der bisherigen Grundsätze führen sollten. Ein Beispiel: In Verkennung des wahren Wesens der Demokratie werden notorisch gemeingefährliche Individuen und Champions der Einbrechergilde von irreführenden Volkshaufen aus dem Gefängnisse befreit. Tagtäglich mehren sich die Fälle von Diebstählen von verborgen gehaltenem Geld, von Kasseneinbrüchen und Gewalttätigkeiten. Trotzdem eilen die Leute zu den Schaltern der Sparkassen, die seit jeher für wahre Volksinstitute von verlässlichster Sicherheit und höchster Bonität gelten, um ihr Geld zu holen und es zu Hause „unter der Wäsche“, „im Kleiderkasten“ usw. aufzuheben. Das gleiche vollzieht sich bei den Banken, die

ebenso wie die Sparkassen nicht unter der Notwendigkeit der Auszahlungen, für die sie ja vorgesorgt haben, sondern unter der Fülle von Arbeit leiden, die ihnen der sinn- und zwecklose Andrang verursacht. Früher war es ein Gemeingut auch der primitivsten Geister, daß man sein erspartes Geld gegen Raub und Diebstahl sichern konnte, wenn man sein Einlagebuch durch ein Lozungswort sperrete, da niemandem, auch wenn er das Buch am Schalter der Sparkasse präsentiert, ohne Angabe der Klausel Zahlung geleistet wird. Man fühlte sich mit Recht für alle Eventualitäten gesichert. Heute scheint dieser ebenso einfache wie zuverlässige Schutz weit weniger wirksam zu sein als die Stärke einer Zimmer- oder Kastenür oder die für den modernen Einbrecher leicht zugängliche eiserne Privatkasse, auf die jetzt so häufig erfolgreiche Angriffe unternommen werden. Bei leidenschaftsloser Betrachtung der Dinge müßte sich auch jeder sagen, daß die Sparkassen als Verwalter von Ersparnissen der breitesten arbeitenden Volksschichten und ähnlich auch die Banken als notwendige Träger des frisch aufbauenden Wirtschaftslebens den weitgehendsten Schutz jeder Regierung, auch der radikalsten, beanspruchen dürfen und auch genießen werden. Viele befürchten auch die Beschlagnahme der Guthaben von Geld und Effekten für Steuerzwecke und denken dabei an die Tilgung der Kriegsschulden. Ganz abgesehen davon, daß die Regelung des Steuerwesens und der Frage der Kriegsschulden bei der gegenwärtigen Auflösung Österreich-Ungarns keineswegs von einem der neuentstandenen Staatsgebilde allein und einseitig vorgenommen werden kann, da jeder Staat um seiner selbst willen sich mit dem anderen über diese Angelegenheiten vergleichen muß, ist eine solche Maßnahme schon aus dem einfachen Grunde ganz ausgeschlossen, weil die Höhe eines Bank- oder Sparkassendepots niemals einen steuertechnisch verwendbaren Schluß auf das Vermögen des betreffenden Steuersubjektes, das doch herangezogen werden soll, gestattet. Wenn das der Fall wäre, dann wäre die Durchführung der Vermögenssteuer, Vermögensabgabe usw. ein Kinderspiel für jeden Finanzminister und nicht eines der schwersten Probleme des Steuerwesens. Man denke nur an einen Kaufmann, der z. B. außer seinen Waren 50.000 K Guthaben und Bargeld hat, denen auf der anderen Seite Warenschulden von 80.000 K gegenüberstehen. Wer will da der Besteuerung ein Vermögen von 50.000 K zugrunde legen? Es kann ebensogut 10.000 K wie 100.000 K betragen. Für die Allerschlauesten gelten aber vor sich selber diejenigen, die wähen, daß das Bargeld den Maßnahmen einer auch noch so zielbewußt vorgehenden Finanzverwaltung entzinnen könnte. Sie werden ohne Schwierigkeit zu der Erkenntnis gebracht werden, daß sie sich auf dem Irrwege befinden. Es gibt noch mancherlei Theorien des Geldhamsterns, deren Anhänger immer gerade ihre Methode für genial und unübertrefflich halten. Sie alle werden eines schönen Tages erfahren, daß sie sich nicht genügt, sondern nur geschadet haben, und werden wieder ruhig zu ihren früheren Anschauungen zurückkehren. Viele tun es schon heute und legen das Geld, das ihnen in dem einen Saal ausbezahlt wurde, nachdem sie sein Vorhandensein mit Augen und Händen konstatiert haben, in anderen Saale wieder ein. Es wird sicherlich mit dem Fortschreiten der Konsolidierung der neugeschaffenen Verhältnisse und mit dem Bekanntwerden der vorauszuiehenden Schadens- und Einbruchfälle die Beruhigung und die Besonnenheit wieder in die etwas verwirrten Köpfe zahlreicher großer und kleiner Kapitalisten zurückkehren.

— (Die Auszahlung der Unterstützungen) an solche Familien, deren Erhalter in Amerika weilen, ist nun sehr eingeschränkt worden. Es bekommen nur mehr solche eine Unterstützung, deren Vater oder Gatte in Amerika sich befindet und die tatsächlich unterstützungsbedürftig sind, weil ihr Unterhalt gefährdet ist, was gemeinde- und pfarrämlich zu bestätigen ist.

— (Punzierungsamt.) In Laibach ist ein Punzierungsamt für Slowenien errichtet worden.

— (Das alte Vereinsgesetz) ist außer Kraft getreten. Die Gründung von Vereinen, Veranstaltung von Versammlungen sowie die Kolportage sind im südslawischen Staate freigegeben.

— (Jugoslawische Postsparkasse.) In Laibach tritt mit dem 1. Jänner 1919 ein neu zu gründendes Postsparkassenamt ins Leben.

— (Deutscher Schulverein.) Spenden im September und Oktober: Ortsgruppe Verdreg 19 K, Gründerbeitrag für die Gemeinde Mösels 50 K, Ortsgruppe Tschermoschnitz 5 K.

— (Postwesen.) Am 14. November ist in Laibach eine Post- und Telegraphendirektion für ganz Slowenien errichtet worden.

— (Ausfuhr aus Südslawien.) Für die Ausfuhr von Waren aus dem Bereiche SHS muß zunächst ein entsprechend ausgefüllter Frachtbrief (ohne Ware) an die betreffende Aufgabstation abgegeben werden. Diese sendet den Frachtbrief an die Direktion der Staatsbahnen, bezw. an die Expositur der Südbahn in Laibach, damit diese sodann die Ausfuhrbewilligung seitens der einzelnen Staatsämter erhält, bezw. wenn es sich um ganze Waggonladungen handelt, die Transportbewilligung seitens der Verkehrsleitung.

— (Reserveoffiziere.) In Laibach wird ein dreimonatiger Kurs für Reserveoffiziere eröffnet, die an demselben ihre Ausbildung für den Post-, Eisenbahndienst erwerben können. Reserveoffiziere, die daran teilnehmen, erhalten ihre Gage während dieser Zeit fortbezahlt und werden sodann in den Staatsdienst übernommen. Reserveoffiziere, die nicht auf eine Staatsanstellung reflektieren und den Beweis erbringen, daß sie derzeit ohne Stelle sind, bekommen eine Abfertigung in der Höhe von drei Monatsgagen.

— (Das bisherige deutsche Obergymnasium in Gili) wurde dem slowenischen Obergymnasium angegliedert. Die deutschen Gymnasialgebäude unter pädagogischer Leitung des bisherigen Direktors Probst, während die Leitung der ganzen Anstalt Direktor Vilek übernimmt.

— (Für die Friedensverhandlungen) betraute das Staatsamt für Äußeres des deutschösterreichischen Staates den gewesenen Minister Dr. Franz Klein mit der Leitung der vorbereitenden Arbeiten.

— (Oberlandesgericht.) Die Nationalregierung hat einen Entwurf zur Gründung eines Oberlandesgerichtes und einer Oberstaatsanwaltschaft in Laibach genehmigt.

— (An allen utraquistischen Mittelschulen) im slowenischen Gebiete Südslawiens ist der Unterricht in der slowenischen Sprache als Lehrgegenstand eingeführt worden und das Slowenische als Amtssprache. Für die Lehrerbildungsanstalt gilt diese Verordnung ebenso wie für die Mittelschulen.

— (Höchstpreise für Vieh.) Für Schlachtvieh und Kälber sind behördlich folgende Höchstpreise per Kilogramm Lebendgewicht festgesetzt worden: Für Ochsen 1. Qualität K 4.50, 2. Qual. 4 K, 3. Qual. K 3.75, 4. Qual. K 3.50. Für Kühe 1. Qual. K 4.10, 2. Qual. K 3.70, 3. Qual. K 3.50, 4. Qual. K 3.30. Für Kalbinnen und Stiere 1. Qual. K 4.30, 2. Qual. 4 K, 3. Qual. K 3.70, 4. Qual. K 3.40. Für Kälber 1. Qual. 6 K, 2. Qual. 5 K. Diese Verordnung ist seit 27. November in Geltung.

— (Kauf und Verkauf von Schweinen.) Es herrscht vielfach die irrtümliche Meinung, daß heuer der Kauf und Verkauf von Schlachtschweinen frei ist. Wir machen hiemit darauf aufmerksam, daß die diesbezüglichen Verordnungen aus den Jahren 1916 und 1917 auch jetzt noch in Kraft stehen und daß zum Ankauf von Schlachtschweinen nur die Viehverwertungsstelle in Laibach, bezw. deren Vertrauensmann in Gottschee berechtigt ist. Übertretungen der bezüglichen Verordnungen werden mit Geldstrafen bis zu 5000 Kronen geahndet.

— (Preise für Getreide, Mehl und Kartoffeln.) Der Preis für 1 kg Brotmehl ist behördlich mit 1 K festgesetzt worden, für 1 kg Kleie auf 20 h, für 1 kg Haserkleie 50 h, 1 kg weißes Heidenmehl, Hirse oder Gerstebrein 2 K, 1 kg Fisolien K 2.50, 1 kg Erdäpfel 66 h.

— (Die Italiener in Tarvis.) In Tarvis und Umgebung befindet sich gegenwärtig die gemischte Brigade Porto Maurizio in der Stärke von ungefähr 6000 Mann unter dem Kommando

des Generals E. Luzatto. Gegen Krain zu stehen die italienischen Vorposten hinter Weissenfels.

— (700.000 österreichisch-ungarische Kriegsgefangene) befinden sich gegenwärtig auf dem italienischen Boden.

— (Die Eisenbahnstrecke Budapest-Fiume) wird die französische Heeresleitung in ihre Verwaltung übernehmen.

— (Triest-Fiume.) Nach einer Meldung der „Narodni Bista“ aus Triest sind dort Nachrichten eingetroffen, daß die Italiener Triest, Pola und einen großen Teil der dalmatinischen Küste erhalten werden, also alles, was sie verlangen. Den Südslawen wird angeblich nur Fiume bleiben. Sie verlangen aber auch Pola. Dafür werde den Südslawen Salonichi abgegeben.

— (Die Friedenskonferenz) kann, wie Reuter (27. November) mitteilt, eher zusammentreten als angenommen wurde, da die Vorbereitungen beendet sind. Die englischen Friedensdelegierten und ihre Stäbe werden zwischen 450 und 500 Mann stark sein. — In Londoner politischen Kreisen erwartet man eine Verlängerung des Waffenstillstandes, um die Verhandlungen über den Vorfrieden zu ermöglichen, der Anfang Februar 1919 abgeschlossen werden soll.

— (Soldatuniform.) Ein Soldat, der nach dem 24. November ohne Legitimation die Uniform trägt, wird arretiert.

— (Die Titulaturen.) Hochgeboren, Hochwohlgeboren, Wohlgeboren, „hoher“ usw. sind abgeschafft worden. In amtlichen Zuschriften an Personen ist nur der Titel Herr, Frau, Fräulein zu gebrauchen.

— (Landwirtschaft, Jagd und Fischerei.) Alle bisher geltenden Gesetze über Landwirtschaft, Jagd und Fischerei bleiben solange aufrecht, bis die Staatsregierung etwas anderes verfügt, dergleichen auch die gesetzlichen Bestimmungen über Jagd- und Fischereiverpachtungen.

— (Häute und Leder.) Die Tätigkeit der Häute- und Lederzentrale ist im Machtbereiche der Narodna Vlada SHS mit 13. November aufgehoben worden. Die Landwirte dürfen die Häute von ihrem eigenen Vieh nach ihrem Bedarfe den Gerbern zum Geben übergeben. Als Preise für Häute gelten folgende Ansätze: für eine frische Rindschale per Kilogramm 2 K 60 h, für eine trockene Haut 6 K, für Abfallhäute (schlechte) 1 K, für eine Kalbschale per Kilogramm 3 K, für eine Pferdehaut (per Stück) 24 K, für eine Schweinschale (per kg) 2 K. Die Preise für die Felle von Wild bleiben dem freien Übereinkommen überlassen.

— (Gedanken zum Kriegsende.) Dr. Joseph Eberle schreibt in der „Monarchie“: „Die meisten haben sich wohl die Gage zu Kriegsschluß schöner erträumt. Sieg an den Fronten in Feindesland oder doch siegreiche Abwehr. Auf den Heeren der Nimbus Prinz Eugens, Schwarzenbergs, Blichers, Radetzky's, Wolkes, Heimkehr der Soldaten in Jubelstimmung, unter rauschender Musik, wehenden Fahnen und Blumenregen. Frohe Feste und dann frisch zur Arbeit, zu tausendfältigen Unternehmungen im neuen, größeren, mit fremden Kontributionen bereicherten Vaterland. Aber das waren doch eigentlich sehr diesseitig-materialistische Träume. Es gibt wenig äußere Völkerstiege, die nicht den Grund zu Kultur-niederlagen legen. Und es gibt wenig Leidenszeiten, die nicht Reifezeiten für Seelengröße gewesen wären. Bei Jena und Auerstädt wurde der Grund zur kulturellen Größe Deutschlands gelegt; mit den Triumpfen von 1870/71 beginnt eine gewisse Verderbnis Deutschlands, nämlich der übermäßige Kommerzialisismus, die Machtpolitik. Erst eine hundertjährige Leidenszeit hat jenen polnischen Patriotismus geschaffen, der fast ohne Gegenstück bei Volk und Intelligenz anderer Nationen. „Noch keinen sah ich glücklich enden, auf den mit immer vollen Händen die Götter ihre Gaben streuen.“ Sowie der Einzelmann zur Reinigung und Größe absolut die Passionswochen braucht, so auch ganze Völker. Die Vorsehung entzieht uns wohl gewisse äußere Vorteile, damit wir unsere Kraft um so mehr auf das Seelische konzentrieren. Wir dachten an Kolonien draußen; es ist für uns offenkundig wichtiger, zunächst einmal seelisch in der Heimat zu kolonisieren. Viele klagen: Nun haben wir 60—80 Milliarden

ausgegeben, hunderttausende Menschen geopfert, vier Jahre lang das Schwerste ertragen und nun sind wir so weit wie am Anfang. Das ist oberflächliches Klagen. Man muß umgekehrt sagen: Wir hätten allzuviel geopfert, nur um Landgebiete, Gelder, politisches und militärisches Prestige, einen Haufen Kriegsgewinner und Spielraum für ihren Geschäftsbetrieb zu erwerben; wir erlebten den Weltkrieg vielmehr, um das ganz Unzulängliche und Zerstörende moderner Völkerverträge und Völkerarbeit zu erkennen; um uns im schwersten Kampf und um den Blutpreis zahlloser Unschuldiger von diesen Pseudowerten loszulösen; um nach dem Sturz von Göben, nach der Abhüttelung verhängnisvoller Sisyphusbemühungen zur Arbeit am Echten und Dauernden uns zu kehren. Die Vorsehung meint es gut mit uns, wenn sie unserm Kommerzialisismus und Militarismus die Wege versperrt, um uns statt dessen umso mehr Gelegenheit zur Innenmission und Innenreform zu geben."

— (Die Regelung der Beamtenbezüge.) Das Amtsblatt der Nationalregierung in Laibach veröffentlicht eine Kundmachung, wonach am 1. Dezember gleich sämtlichen slowenischen Staatsbediensteten im besetzten und unbesetzten Gebiete auch alle nichtslowenischen Staatsbediensteten die normalmäßigen Bezüge ausbezahlt erhalten, wenn sie sich zu dauernder oder vorübergehender Dienstleistung im Staate der Serben, Kroaten und Slowenen gemeldet haben. Die nichtslowenischen Staatsbediensteten haben den Empfang der Bezüge auf besonderen Druckforten zu bestätigen, die den Vorbehalt des Präjudizes für die Zukunft und das Regressrecht Deutschösterreich gegenüber enthalten. Wer sich nicht angemeldet oder die Bezüge aus welchem Grunde immer bereits von der italienischen Regierung ausbezahlt erhalten hat, hat auf die diesmalige Auszahlung keinen Anspruch.

— (Verwaltung des Schulwesens.) Die Nationalregierung hat bis zur Einberufung der Konstituante eigene Bestimmungen für die Verwaltung der verschiedenen Dienstzweige getroffen. Im Schulwesen bildet der Oberste Schulrat (višji šolski svet) die höchste Instanz. Er besteht aus dem Vorsitzenden, zwei oder drei Referenten, vier oder fünf höheren Schulinspektoren, zwei katholischen Priestern, je zwei Mitgliedern des Mittelschul- und des Volksschullehrerstandes, einem Vertreter des Staatsamtes für soziale Fürsorge und einem Vertreter der Eltern.

— (Juridisches Studium.) Nach einer Verordnung des Staatsamtes für das Justizwesen können Hörer der Rechte mit den ersten beiden Staatsprüfungen in den Gerichtsdienst als Gerichtspraktikanten eintreten und werden sodann als beeidete Auskultanten angestellt. Die dritte Staatsprüfung muß binnen sechs Monaten abgelegt werden.

— (Invalidenfürsorge.) Durch einen Regierungserlaß ist für die Versorgung der Invaliden besondere Vorsorge getroffen worden. Diese haben, insoweit sie für den betreffenden Dienst fähig sind, bei der Verleihung von Dienststellen den Vorzug. Kriegsinvalide und ihre Angehörigen sind auch bei der Verleihung von Konzessionen sowie bei der Vergabung von Tabaktrafiken besonders zu berücksichtigen, und zwar eventuell auch durch entsprechende Kredithilfe. Außerdem sind den Kriegsinvaliden folgende Dienststellen vorbehalten: alle Amtsdieners- und Aufseherposten, Portierposten bei öffentlichen Ämtern, Schulen, Gemeinden usw., ferner zwei Drittel der Stellen von Kanzleibeamten, Unterbeamten und Aushilfsbeamten. Ein Kriegsinvalider, der um eine Stelle einreicht, muß nachweisen, daß er hierfür die Eignung besitzt, ferner daß er Staatsbürger der SHS ist. Für den Erweis der physischen Eignung ist das ärztliche Zeugnis maßgebend. Den Aktiengesellschaften und Genossenschaften wird auf das dringendste anempfohlen, die Stellen von Dienern, Portieren, Schreibern, Manipulanten, Maschinenschreibern, Unterbeamten, Stenographen in den slowenischen Tagesblättern auszusuchen und an Kriegsinvalide zu verleihen.

— (Baumwolle und Papierstoffe.) Der Textilsachmann Lemberger schreibt in der „N. Fr. Br.“, optimistische tschechische Industriekreise schätzen die Frist für das Eintreffen von Baumwollsendungen in Wien auf vier bis fünf Monate, und selbst unter

der Voraussetzung, daß alles Klappe, könne man vor drei Vierteljahre nicht auf ein fertiges Baumwollprodukt rechnen, so daß die Zwischenzeit unbedingt durch Verarbeitung von Papier auszufüllen sein werde.

— (Die Freigabe des Getreidehandels) soll, wie der Bester Lloyd meldet, erst dann stattfinden, wenn die Bevölkerung genügend mit Getreide versehen sein wird, was kaum vor Ende des Jahres 1919 der Fall sein dürfte. Möglicherweise wird der Handel mit Mais früher freigegeben werden.

— (Kastanienholz.) Die früher bestandene Einschränkung beim Handel mit Edelkastanienholz ist aufgehoben worden. Die Schlägerung dieses Holzes unterliegt jedoch nach wie vor den Bestimmungen des Forstgesetzes.

— (Die Kontingente an Getreide, Kartoffeln usw., die von der früheren Regierung vorgeschrieben worden sind, sind auch gegenwärtig noch in Geltung und es müssen die vorgeschriebenen Mengen von Getreide, Kartoffeln usw. an die Kriegsgetreideanstalt abgeliefert werden. Die Bezirkshauptmannschaften sind von der Staatsregierung angewiesen, jede Woche über den Erfolg ihrer diesbezüglichen Tätigkeit Bericht zu erstatten. — Die Meinung vieler Landwirte bei uns, als ob die früheren Bestimmungen über die Pflicht der Abfuhr, über Requisitionen u. dergl. aufgehoben seien, ist also irrig.

— (Die Allslowenische Volkspartei) hat auf ihrer Versammlung in Laibach am 22. November gegen das Vorgehen der Italiener Protest erhoben. In einer stimmeneinhelligen Entscheidung wurde der Anspruch des südslawischen Staates auf Triest und Görz betont. Der südslawische Nationalrat in Agram wurde aufgefordert, bei der Entente unverzüglich alle Schritte zu tun, damit der Vergewaltigung der slowenischen Gebiete ein Ende gesetzt und deren Befreiung den Ententetruppen, bei Ausschluß der italienischen, übertragen werde. Hierbei wurde betont, daß der südslawische Staat sich als mit der Entente verbündet betrachte. Die Versammlung erklärte sich für die republikanische Staatsform, weil diese besser als andere Formen eine demokratische Einrichtung des Staates gewährleisten würde. Es wurde beschlossen, daß die Wahl in die Konstituante auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und proportionalen Wahlrechts durchzuführen ist. Allen mehr als 21 Jahre alten Personen männlichen und weiblichen Geschlechtes soll das Wahlrecht zuerkannt werden.

— (Die Banknotenhamsterei.) Daß jemals eine Zeit käme, in der man sogar Banknoten hamstern würde, hätte noch vor wenigen Monaten niemand erwartet. Gold, Silber, sagen wir schließlich auch Metall überhaupt, haben ihren Wert in sich, aber Papier! Woher kommt diese sonderbare Erscheinung? Der Umschwung in der politischen und militärischen Lage, der durch den Abfall Bulgariens und durch das Wanken der Westfront bedingt war und nun durch den Verlust des Krieges besiegelt ist, hat den Optimismus der Geldmärkte gründlich zerstört, und so wie man an den Börsen die Nerven verloren hat, genau so schiebt jetzt die große Masse der kleinen Sparer und vornehmlich der Kriegsanleiher alle Vernunftgründe, die zur Ruhe mahnen, beiseite. Heute wird auch den Beschwichtigungskundgebungen von seiten des Finanzministers, die vor einem halben Jahre noch versingen, nur mehr bedingter Wert beigelegt, und wenn das Vertrauen der Kriegsanleiher zurückkehren soll, müssen zuvor die politischen Führer in Prag und Laibach die Bereitwilligkeit zur Übernahme eines Teiles der Kriegsanleihe erklären. Solange dies nicht geschieht, wird das Angebot am Anlagemarkt überwiegen und auch das Hamstern des Papiergeldes wird nicht vollkommen verschwinden. Die Sucht, so viel Banknoten wie nur irgend möglich abzuheben und zu Hause im Strumpf oder im Kasten aufzubewahren, entspringt zumeist den Befürchtungen, es könnten die Banken und Sparkassen am Ende nicht in der Lage sein, den Geldbedarf ihrer Kunden zu befriedigen. Darum wird jetzt in Wien auch Notgeld hergestellt und die Annahme der Kriegsanleihekupons an Zahlungsstatt wird ihren Teil zur Überwindung der augenblicklichen Schwierigkeiten beitragen. Die Oesterr.-ungar. Bank hat, um dem Papiergeldbedürfnisse zu genügen,

bekanntlich die Ausgabe von Banknoten zu 25 und 200 Kronen beschlossen. Das soll eine vorübergehende Maßregel sein. Eine volle Befriedigung der Nachfrage nach Banknoten ist daher mittlerweile wahrscheinlich schon eingetreten, womit die Gewähr gegeben ist, daß die Ruhe des Publikums wieder zurückkehrt.

— (Ein englisches Blatt über die Autonomie nationaler Minderheiten.) „English Review“ schreibt u. a.: „In der Verfassung der Liga (des „Völkerbundes“) sollte irgend eine allgemeine Erklärung enthalten sein, die allen abgegrenzten nationalen Minderheiten in Europa zumindest kulturelle Autonomie sichert. In Ermanglung einer solchen Erklärung würde die Liga nicht in der Lage sein, bei einer Verfolgung, die früher oder später zum Kriege führen könnte, zu intervenieren oder gar sie zu verhindern.“

— (Regentschaft des serbischen Thronfolgers Alexander.) Der südslawische Nationalrat hat am 24. November in Agram die Zusammenfassung aller südslawischen Gebiete von Slowenien bis einschließlich Serbien unter der Regentschaft des serbischen Kronprinzen Alexander beschlossen und gleichzeitig den Antrag der Sozialdemokraten auf Einführung der republikanischen Staatsform abgelehnt. Diese Nachricht wurde in Laibach durch Sonderausgaben der Tagesblätter allgemein bekanntgegeben. Der Beschluß besagt: Die Regentschaft über den Staat der geeinigten Kroaten, Serben und Slowenen wird dem serbischen Kronprinzen Alexander übertragen. Dieser beruft nach Sarajevo den Staatsrat ein und ernannt die erste Regierung. Der Staatsrat soll bestehen: 1. aus allen Mitgliedern des südslawischen Nationalrates in Agram; 2. aus 50 Vertretern des Königreiches Serbien; 3. aus 5 Vertretern Montenegros; 4. aus 6 Vertretern der Wojwodschafft. Aus der Zahl der Mitglieder des Staatsrates ernannt der Regent eine Regierung, die ungefähr aus den gleichen Ministerien besteht, die in Oesterreich-Ungarn und in anderen Staaten bestanden haben. Für die maritimen Angelegenheiten ist ein besonderes Ministerium einzurichten. Der Regent ernannt ferner 5, eventuell 7 Gouverneure mit dem Amtssitz in Belgrad für Serbien, in Cetinje für Montenegro, in Laibach für Slowenien, in Novi Sad (Ujvidek) für die Wojwodschafft, in Sarajevo für Bosnien und die Herzegowina, in Spalato für Dalmatien und in Agram (mit dem Titel Banus) für Kroatien und Slawonien. Außerdem ernannt er fünf, eventuell sieben Staatssekretäre, die im Ministerium eine Stimme haben und zwischen der Zentralregierung und den einzelnen Ländern (Gouvernements) vermitteln. Das Ministerium ist für die Verwaltung der Länder dem Staatsrat verantwortlich. Sobald Ruhe und Ordnung zurückgekehrt sind, erfolgen die Wahlen zur Konstituante, die in Sarajevo tagen soll. Die Wahlordnung wird vom Staatsrate festgesetzt werden, der für die Übergangszeit gesetzgeberische Macht hat. Dem Staatsrate sind die gemeinsamen Angelegenheiten (Vertretung nach außen und Kriegsfrage) vorbehalten. Die Konstituante bestimmt die endgültige Staatsform und die Verfassung.

— (Die Verluste Oesterreich-Ungarns.) Die Parlaments-Korrespondenz veröffentlicht auf Grund amtlicher Verlustlisten folgende Zusammenstellung über die Verluste Oesterreich-Ungarns an Offizieren und Mannschaften. Von aktiven Berufsobersten bei den Kampftruppen sind von 550 64 gefallen = 11,50 v. H., von 720 Oberstleutnanten sind 111 gefallen = 15,25 v. H., von 1110 Majoren 184 = 16,4 v. H., von 6450 Hauptleuten 1016 = 15,5 v. H., von 6750 Oberleutnanten 1148 = 17 v. H., von 5500 Leutnanten 1285 und von 950 Fähnrichen 539 = 56,5 v. H. Im ganzen sind ausgewiesen rund vier Millionen Tote und Verwundete sowie Kranke der Mannschaften vom Feldwebel abwärts, und zwar bis Ende Mai 1918, also ohne Piaveschlacht und ohne die in der Kriegsgefangenschaft Gestorbenen. Es ist also ungefähr ein Drittel der Einberufenen tot, verwundet oder krank. An toten Mannschaften sind bisher rund 800.000 ausgewiesen, davon zwei Drittel Reserve, Evidenz oder Landsturm. Von 310 aktiven Generalen sind bis Ende Mai 18 gefallen oder gestorben. Von 2308 Stabsoffizieren sind 359, von 20.801 Ober-

offizieren und Fähnrichen 3988 gefallen. Von Nicht-Berufs-offizieren sind 8971 gefallen, im ganzen 13.326 Offiziere. Nach den Nationen sind von den Offizieren gefallen: 191 Rumänen, 2249 Slawen, 2468 Magyaren und über 8000 Deutsche. Unter den gefallenen Offizieren befinden sich 590 Adelige, darunter 5 Prinzen.

— (Das Schicksal der Militärzöglinge.) Gegenwärtig finden Verhandlungen zwischen den Staatsämtern für Heerwesen und für Unterricht darüber statt, in welcher Weise den Militärakademikern und den Zöglingen der Militär-Erziehungs- und Bildungsanstalten die Fortsetzung ihrer Studien nach dem Lehrplan der Zivilrealschulen sowie die Erlangung eines Realschulzeugnisses ermöglicht werden kann. Bis dahin bleiben die Militär-Ober- und Unterrealschulen bestehen.

— (Wilson und das Nationalitätenproblem.) Wie verlautet, soll die definitive Regelung des Nationalitätenproblems Oesterreichs und Ungarns von Wilson einer staatsrechtlichen Spezialkommission überlassen werden. Derselben sollen für Oesterreich Professor Lammasch, Franz Klein und Professor Redlich, für die Tschechen Kramar und für die Südslawen Dr. Korošec beigezogen werden.

— (Aufhören des Einjährigfreiwilligenrechtes.) Der Oberbefehlshaber der bewaffneten Macht Deutsch-Oesterreichs, FML. von Boog, äußerte sich dahin, daß das Einjährigfreiwilligenrecht aufgehört wird. Tüchtige Soldaten können Offiziere werden.

— (Herausfordernde Ungehörigkeiten.) Unter dieser Spitzmarke schreibt „Die Monarchie“: Der große ungarische Munitionsfabrikant Manfred Weiß, der 1916 300 Millionen Reineinkommen einbrachte, 1917 600 Millionen und für 1918 wahrscheinlich noch mehr erzielen wird, veranstaltet von Zeit zu Zeit große Gelage, bei denen nicht etwa eine Zigeunerkapelle, sondern Künstler des Nationalkonservatoriums die Musik besorgen. Bei einem unlängst stattgehabten Nachtmaße bekam jeder Künstler 1000 Kronen Honorar für den Abend, der Direktor außerdem 7000 Zigarren. Wenn sich ein Kaiser oder König in der Kriegszeit solcherlei zum Privatvergnügen erlaubte, würde man den Schatten Ludwigs XIV. heraufbeschwören, würde man von Cäsarenübermut, nicht passend in unsere Zeit, reden. So aber berichtet die Presse von Kapitalsgnaden beinahe mit ehrfürchtiger Scheu von den das Volk herausfordernden Vergnügen der Könige von Kapitalsgnaden.

— (Kopf hoch!) Schwarzjeherei gibt's jetzt wieder einmal mehr als genug. Man prophezeit den nationalen Untergang Gottschees. Wir sind auch jetzt noch — und zwar nicht ohne Grund — Optimisten und glauben, daß Gottschee trotz alledem einer leidlich guten Zukunft entgegengeht. Man braucht durchaus nicht die Flinte ins Korn zu werfen. Seien wir nur einig und halten wir treu zur Heimat, dann wird hoffentlich noch alles gut ausgehen. Niemand braucht sein Gottscheerium furchtjam und scheu zu verstecken. Renegaten werden auf beiden Seiten gleich „geschätzt“.

— (Eine Rede Wilsons über den Frieden.) Präsident Wilson hielt im Kongreß eine Ansprache, in der er die Bedingungen des Waffenstillstandes mitteilte und unter anderem ausführte: Das Ziel dieses Krieges ist erreicht. Der bewaffnete Imperialismus, wie ihn die Männer verstanden haben, die noch gestern die Herren Deutschlands waren, ist zu Ende. Die Willkürmacht der Militärdiktatur, die geheim und aus eigener Macht den Weltfrieden stören konnte, ist vernichtet, und viel mehr als das ist erreicht: die großen Nationen, die sich verbündet haben, um sie zu vernichten, haben sich endgültig zu dem gemeinsamen Ziele vereinigt, einen Frieden zu errichten, der die Sehnsucht der ganzen Welt nach uneigennütziger Gerechtigkeit befriedigen und in Ausgleichem bestehen wird, die auf etwas viel Besserem und Dauerhafterem beruhen werden als die selbstischen, konkurrierenden Interessen mächtiger Staaten. Der humane Sinn und die Absicht der siegreichen Regierungen haben sich bereits in praktischer Weise bekundet. Ihre Vertreter im obersten Kriegsrat zu Versailles haben durch einstimmigen Beschluß den Vertretern der Mittelmächte versichert, daß alles, was den Umständen zufolge möglich ist, geschehen soll, um sie mit Lebensmitteln zu versorgen und das Elend zu erleichtern. Es sollen unmittelbar

Schritte getan werden, diese Unterstützungsmaßregeln in systematischer Weise zu organisieren, wie es in Belgien geschehen ist. Mit Hilfe des brachliegenden Schiffsraumes dürfte es alsbald möglich sein, die unterdrückten Völker von vollständiger Verelendung zu befreien und ihnen den Sinn für die großen Aufgaben des politischen Aufbaues klar zu machen, dem sie sich jetzt überall gegenübersehen. Mit welchen Regierungen werden wir es bei der Aufrichtung des Friedens zu tun haben, mit welcher Autorität werden sie uns gegenüber treten und mit welcher Bürgschaft dafür, daß ihre Autorität von Dauer sein wird? Hier liegt der Grund für nicht geringe Sorgen und Besürchtungen. Und wenn der Friede geschlossen ist, auf wessen Versprechungen und Verpflichtungen, außer denen von uns selbst, wird er beruhen? Seien wir offen gegen uns selbst und geben wir zu, daß diese Fragen jetzt nicht sofort befriedigend beantwortet werden können. Aber die Moral ist, daß Hoffnung besteht, daß eine befriedigende Antwort bald möglich sein wird. Die Völker, die eben erst aus dem Joche der Willkür herausgekommen und jetzt endlich in den Besitz ihrer Freiheit gelangt sind, stehen jetzt vor ihrer ersten Probe. Wir müssen uns ruhig verhalten, damit sie sich selbst finden, und in der Zwischenzeit müssen wir den Frieden aufrichten, der ihren Platz unter den Nationen gerecht bestimmt, alle Furcht vor ihren Nachbarn und bisherigen Herren beseitigt und sie instand setzt, sicher und zufrieden zu leben, wenn sie ihre eigenen Angelegenheiten in Ordnung gebracht haben. Ich persönlich zweifle nicht an ihrer Absicht oder an ihrer Fähigkeit. Es sind einige glückliche Anzeichen dafür vorhanden, daß sie den Weg der Selbstbeherrschung und der friedlichen Anpassung kennen und suchen werden. Wenn sie es tun, werden wir ihnen unsere Unterstützung in jeder möglichen Weise zur Verfügung stellen. Tun sie es nicht, so müssen wir Geduld und Sympathie bewahren und die Genesung abwarten.

— (Ein Aufruf Hindenburgs an die rückmarsiierende Westfront.) Generalfeldmarschall von Hindenburg hat an die Armee einen Aufruf erlassen, in dem es u. a. heißt: Der Waffenstillstand ist unterzeichnet worden. Bis zum heutigen Tage haben wir unsere Waffen mit Ehren geführt. In treuer, hingebungsvoller Pflicht hat die Armee Gewaltiges vollbracht. Bei der anwachsenden Zahl unserer Gegner, bei dem Zusammenbruch der bis ans Ende ihrer Kräfte uns zur Seite stehenden Verbündeten, bei den immer drückender werdenden Ernährungsorgen hat sich unsere Regierung zur Annahme harter Waffenstillstandsbedingungen entschließen müssen. Aber aufrecht und stolz gehen wir aus dem Kampfe mit dem Bewußtsein, daß wir unser Land und unsere Ehre bis zum Äußersten verteidigt haben. Der Waffenstillstandsvertrag verpflichtet zum schnellen Rückmarsch in die Heimat. Unter den obwaltenden Verhältnissen ist dies eine schwere Aufgabe, die Selbstbeherrschung und treueste Pflichterfüllung von jedem einzelnen von euch verlangt. Im Kampfe habt ihr euren Generalfeldmarschall nie im Stiche gelassen. Ich vertraue auch jetzt auf euch!

— (Nationale Armeen.) In den einzelnen nationalen Staaten des ehemaligen Österreich bilden sich nunmehr eigene Armeen. Sämtliche Militärpersonen haben dem vorgesezten Kommando zu melden, in welche der zu bildenden nationalen Armeen sie einzutreten gedenken. Wird zum Eintritt in die nationale Armee die Ablegung eines Gelöbnisses gefordert, so gestattet der Kaiser die Ablegung dieses Gelöbnisses.

— (Farbe und Wappen Deutschösterreichs.) Der Staatsrat hat als Staatsfarbe für Deutschösterreich die alten Babenbergerfarben rotweißrot angenommen. Für Siegel und Embleme hat der Staatsrat, da die Hauptklassen dieses Staates Bürger, Bauern und Arbeiter deutscher Nationalität sind, folgendes Sinnbild beschlossen: Ein auf einem Untergrunde von schwarzen Quadrern aufgeführtes Stadttor, zwei gekreuzte rote Hämmer mit einem goldenen Kranze aus Roggenähren mit der Umschrift „Deutschösterreich“. Die Akademie der bildenden Künste in Wien wurde ersucht, Musterzeichnungen für dieses Emblem dem Staatsrate vorzulegen.

— (Wilson's Grundsätze beim Friedensschlusse.)

„Herald“ meldet aus Newyork: Senator Lodge sprach am Samstag in einer Newyorker Friedensversammlung: Der Präsident habe keinen entscheidenden Einfluß auf die Waffenstillstandsverhandlungen, dagegen werde er beim Friedensschlusse seine Friedensgrundsätze zur strengsten Durchführung bringen.

— (Mais und Weizen aus Argentinien?) Argentinien hat von der vorigen Ernte noch 25 Millionen Tonnen Weizen und einen Überschuß von 2 Millionen Tonnen Mais. Die neue Weizen-ernte ist um Weihnachten, Mais kommt zwei Monate später.

— (Der Vorfriede — Ende Februar.) „Echo de Paris“ meldet auf Grund glaubwürdiger Mitteilungen, daß die Friedenspräliminarien erst Ende Jänner beginnen werden. Die Unterzeichnung des Friedensprotokolls dürfte vor Ende Februar möglich sein.

Mitterdorf. (Trauung.) In der Herz-Jesukirche in Graz wurde am 23. September Franz Perz aus Kerndorf 43 mit Elisabeth Weingerl getraut.

— (Die neue Krankheit) beginnt jetzt hier zum zweitenmal die Kunde und ist daran am 26. November die ledige Franziska Moberz aus Unterloschin 3 im Alter von 21 Jahren gestorben.

— (Ein Pferd für einen Hasen.) Ein Zigeuner hat dieser Tage sein Pferd einem Jäger um einen Hasen verhandeln wollen, aber taube Ohren gefunden, weil nach Behauptung des Jägers das ararische Zigeunerroß den Hasen nicht wert war.

— (Bestätigte Todesnachricht.) Die Privatmeldung über den Tod des Eduard Lobisser aus Kerndorf wurde durch amtliche Mitteilung dahin bestätigt, daß er an der Piave am 27. Oktober während der Besichtigung einer Telephonleitung von einem feindlichen Geschosse zu Tode getroffen wurde. Die bei ihm vorgefundene Barschaft ist den Eltern zugesandt worden.

— (Sie haben es eilig) mit der Gebietserweiterung für das neue Südböhen. Mit ein paar Pinselstrichen wurde vor einigen Tagen unser deutsches Mitterdorf als Stationsname verschwinden gemacht und nur die slawische Benennung belassen. Das geschieht alles im Namen des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und von Herrschaften, die sonst nicht genug von ungerechter Gewaltpolitik sprechen können, wenn die Italiener in Ober- und Innerkrain slowenische Ortstafeln überpinseln. Pinselt so viel ihr wollt, deutsch bleiben wir doch.

Morobitz. (Todesfall.) Am 30. November starb hier der Gasthaus- und Grundbesitzer Johann Lojer im 87. Lebensjahre. Er war allgemein geachtet. R. i. P.

Mösel. (Die Verdrenger-Schule definitiv.) Die Nationalregierung S. H. S., Abteilung für Kultus, in Laibach hat an der Schul-Expositur in Verdreng eine definitive Lehrstelle extra statum geschaffen.

Kunttschen. (Todesfall.) In der Nacht am 27. November starben Anton Höferle, sein Weib Maria geb. Wische und ihr neugeborenes Kind. Sechs kleine Kinder bleiben elternlos zurück. Ein schwerer Schicksalsschlag!

Lebensmittel

nimmt im Tausche gegen seinen ganz neuen, warmen Anzug Professor E. Berner in Gottschie.

Nach 4 1/2 jähriger Abwesenheit ist es mir endlich beschieden, meine

ärztliche Tätigkeit

wieder auszuüben. Die Ordinationsstunden sind die gleichen wie früher, und zwar von 9 bis 12 Uhr vormittags.

Gottschie, im Dezember.

Dr. Georg Röhbel.

Bei einmaliger Einschaltung kostet die viergespaltene Kleindruckzeile oder even Raum 10 Heller, bei mehrmaliger Einschaltung 8 Heller. Bei Einschaltungen durch ein halbes Jahr wird eine zehnprozentige, bei solchen durch das ganze Jahr eine zwanzigprozentige Ermäßigung gewährt.

Anzeigen.

Die Anzeigengebühr ist bei einmaliger Einschaltung gleich bei Bestellung, bei mehrmaliger vor der zweiten Einschaltung zu erlegen. — Es wird höflichst erjucht, bei Bestellungen von den in unserer Blatte angezeigten Firmen sich stets auf den „Gottscheer Bote“ zu beziehen.

Verein der Deutschen a. Gottschee in Wien.

Sitz: 1., Himmelfortgasse Nr. 3

wohin alle Zuschriften zu richten sind und Landsleute ihren Beitritt anmelden können.

Zusammenkunft: Jeden Donnerstag im Vereinslokale „Zum roten Fagel“, 1., Albrechtsplatz Nr. 2.

Achtung! Telegramm! Achtung!

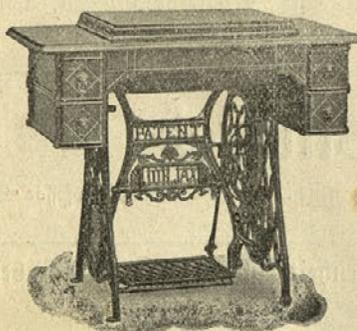
Kaufe jedes Quantum echten Schlenderhönig, stelle Kannen zur Füllung franko jeder Station, daher ist jedem Gelegenheit geboten, seinen Honigvorrat gut zu verkaufen. Auch benötigt jedermann Waschseife. Versendung in 5 Kilo-Postfischen. Ebenso echten Pfeffer zur Würstherzeugung für den Haushalt. Seife und Pfeffer erhalten nur Honiglieferanten. Wer etwas an Honig abzugeben hat, erfährt Preis und nähere Bedingungen bei

Anton Petsche in Graz, Sakominiplatz Nr. 22.

Hadern gemischt, jeder Art, Schweinshaare, Ochsen- und Pferde-Schweishaare, Felle von Wild jeder Art, kaufen zu besten Preisen M. Chorinek und So. in Gitsi.

Abonnieret und leset den Gottscheer Boten!

Reichhaltiges Lager der besten und billigsten
Fahrräder und Nähmaschinen
für Familie und Gewerbe.



Schreibmaschinen.
Langjährige Garantie.



Johann Jax & Sohn • Laibach
Wienerstrasse Nr. 15.

Sparkasse der Stadt Gottschee.

Ausweis f. d. Monat Novemb. 1918.

Einlagen: Stand Ende Oktober 1918.	K	10,551.010-45
Eingelegt von 190 Parteien	"	336.761-47
Behoben von 423 Parteien	"	508.065-83
Stand Ende Novemb. 1918	"	10,379.706-09
Allgem. Reservefond Stand Ende 1917	"	633.566-86
Hypothekar-Darlehen: zugezahlt	"	1.100-—
rückgezahlt	"	31.610-08
Stand Ende Novemb. 1918	"	3,255.736-62

Wechsel-Darlehen:
Stand Ende Novemb. 1918 " 37.510-—

Fällige Binsenscheine der österr. Kriegsanleihen werden als Barzahlung angenommen.

Binsfuß:
für Einlagen 4 1/4% ohne Abzug der Rentensteuer,
für Hypotheken im Bezirke Gottschee 5 1/2%,
für Hypotheken in anderen Bezirken 5 3/4%,
für Wechsel 6 1/2%.

Gottschee, am 30. November 1918.

Die Direktion.

Lehrjunge

aus gutem Hause, mit guten Schulzeugnissen — mit Kenntnis der deutschen und slowenischen Sprache bevorzugt — wird aufgenommen bei Alois Kresse in Gottschee. Eintritt am 1. Jänner 1918.

Für Landkäufer und Hausierer ist ein günstiger, sehr billiger Gelegenheitskauf von

Galanterieware

in Laibach, Maria Theresienstrasse 15, Parterre 16. — Dasselbst auch ein Herren- und ein Damenrad verkäuflich. 2-3

Ich kaufe jedes Quantum gut getrockneter
Wacholderbeeren, Walnüsse, Haselnüsse
und Bucheln 4-5

loko Ischl und zahle gute Preise.

J. Kump, Konsumgeschäft, Bad Ischl.

Achtung!

Ich warne jedermann, meiner Frau Maria Kropf ohne meine Einwilligung etwas zu borgen, da ich nicht Zahler bin.

Schalkendorf Nr. 91.

Andreas Kropf.